// Angehörigen
Info 66

G 10228 D
10.5.1991

Herausgegeben von den Angehörigen
der politischen Gefangenen in der BRD

Politiker fordern Haftverschärfungen gegen die politischen Gefangenen

Verschiedene Politiker haben sich wieder mal in der bundesdeutschen Presse vehement für eine noch weitergehende Verschärfung der Haftbedingungen gegen die politischen Gefangenen ausgelassen. So ist der April 1991 voll von derlei Statements, in denen erstmal propagandistisch eine noch weitergehende Isolation der Gefangenen gefordert wird und zudem eine drastische Kriminalisierung der Menschen draußen, die mit den Gefangenen reden, vorangetrieben wird. Die Absicht dieser Äußerungen wird insbesondere deutlich, wenn man sie einmal im Zusammenhang betrachtet:

— Bundesjustizminister Kinkel am 3. April, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, wiedergegeben in der „Süddeutschen Zeitung" am 4.4.:
„Der Bundesjustizminister wies auf die nach wie vor bestehenden Querverbindungen zwischen den RAF-Terroristen hin, die sich noch in Freiheit befinden, und denen, die in den Gefängnissen sitzen ... ‚Beide Teile gehören irgendwo zusammen, und auch der harte Kern derer, die inhaftiert sind, hat sich leider bis heute nicht von der Gewalt losgesagt.'"

— Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee in der „Welt" vom 6.4.:
Er fordert „eine ‚strengere Handhabung' der Häftlingsüberwachung bei gefangenen RAF-Mitgliedern." Außerdem soll sich die Fahndung nunmehr verstärkt auf das „Umfeld" konzentrieren.

— „Ein prominenter Insider, anonym", in der „Bild am Sonntag vom 7.4.:
„Der Polizei muß umgehend wieder die Möglichkeit gegeben werden, das Umfeld der Terroristen zu überwachen."

— Nordrhein-Westfalens Innenminister Krumsiek, in der „Stuttgarter Zeitung" vom 11.4. zu den vier gefangenen Frauen in Köln-Ossendorf:
„Sollte sich allerdings bestätigen, daß die Frauen Kontakte zu Sympathisanten aufgebaut hätten, werde er in Abstimmung mit der Karlsruher Behörde ‚sofort reagieren'."

— Krumsiek in der „Frankfurter Rundschau" vom 11.4.:
„Es habe mit den gefangenen Frauen keine sinnvollen Gespräche auch mit gesellschaftlichen Kräften außerhalb der Haftanstalten gegeben, bedauerte Krumsiek."

— Krumsiek in der „Westfälischen Allgemeinen Zeitung" vom 11.4.:
„Sie haben sich nicht so verhalten, wie wir das erwartet haben."

— Die „Welt" vom 11.4. unter der Überschrift „RAF-Häftlinge suchen Streit":
„Häftlinge der Terrororganisation Rote Armee Fraktion (RAF) haben nach Informationen der WELT in letzter Zeit wiederholt das Gefängnispersonal provoziert, um die Vollzugsbeamten zur Gegenwehr zu veranlassen. Die dabei entstehenden leichten Körperverletzungen nehmen die RAF-Häftlinge nach Angaben aus informierten Kreisen zum Anlaß, mit Hilfe von Rechtsanwälten und Besuchern der Öffentlichkeit mitzuteilen, sie würden in deutschen Gefängnissen mißhandelt und gefoltert. So hat der zu lebenslanger Haft verurteilte Terrorist Christian Klar in einem Bericht aus der Justizvollzugsanstalt Bruchsal an das ‚Angehörigen-Info' vom 29. März 1991 behauptet, er sei von einem ‚Rollkommando' der Vollzugsanstalt schwer mißhandelt worden."

— CDU-Bundestagsabgeordneter Wolfgang Börnsen in der „Süddeutschen Zeitung" vom 13.4.:
„Es sei nicht auszuschließen, daß die Drahtzieher der jüngsten terroristischen Gewalttaten in den Kreisen inhaftierter Terroristen zu suchen seien ... ‚Engholm muß sich, ebenso wie andere SPD-Ministerpräsidenten, fragen lassen, ob die nach dem Hungerstreik 1989 von ihnen durchgesetzte Zusammenlegung von Terroristen nicht die Bildung neuer Keimzellen für Terrormörder zur Folge hätte.'"

— Baden-Württembergs Landespolizeipräsident Erwin Hetger in „Die Welt" vom 13.4.:
„Um so wichtiger sei es, verstärkt mit Mitteln verdeckter Fahndung zu versuchen, über den Sympathisanten-Bereich zum Kern vorzustoßen. Hetger hält es für durchaus möglich, daß einzelne RAF-Terroristen heute untertauchen, einen Anschlag verüben und morgen, als Täter unerkannt, sich in der sogenannten ‚legalen Szene' weiterbewegen."

— CSU-Generalsekretär Erwin Huber in „Bild am Sonntag" vom 21.4. fordert außer „verdeckten Ermittlern in der Terrorszene" und „Abhöreinrichtungen im terroristischen Umfeld":
„Es muß durch eine Verschärfung des Kontaktsperregesetzes für einsitzende Terroristen verhindert werden, daß Anwälte weiter als Briefträger für Terrorbefehle fungieren. Nur so können wir verhindern, daß Terroristen weiterhin aus der Zelle heraus Anschläge steuern."

— Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee in „Die Welt" vom 29.4. unter der Überschrift „Schlee: RAF-Häftlinge stärker überwachen":
„... bezeichnete Schlee im Gespräch mit der WELT außerdem eine noch intensivere Überwachung des Häftlingsverhaltens für ‚dringlich'. Wichtigster Punkt: Verfassungsschutz und Polizei sollten künftig an der Kontrolle des Briefverkehrs der Gefangenen aus dem sogenannten TE-Bereich beteiligt werden ... Dabei ist sowohl an eine Beteiligung bei der richterlichen Postdurchsicht durch Polizeibeamte und Verfassungsschützer als auch an deren Zugriffrechte auf relevante Dokumente gedacht ... Auch die Kommunikation der Häftlinge mit ihren Anwälten sollte laut Schlee wieder mehr überwacht werden."

Daß dies alles nicht nur leere Drohungen sind, zeigen die Zensurverschärfungen bei z. B. Rolf Heißler, dessen Bericht nachfolgend zu lesen ist, oder auch daß bei Brigitte Mohnhaupt jetzt nicht mal mehr *Zitate* aus anderen Briefen reinkommen oder daß Thomas Thoene permanent Tageszeitungen vorenthalten werden oder verspätet ausgehändigt werden, oder auch nur, daß das



Holger Deilke

„Angehörigen-Info“ bei immer mehr Gefangenen angehalten wird. Dies sind nur *einige* Beispiele zur Dokumentation. Gleichzeitig laufen in Nürnberg Hausdurchsuchungen und § 129a-Ermittlungsverfahren wegen eines Flugblattes und eines Redebeitrages gegen Zwangspsychiatrisierung von Sven mit der Begründung der Unterstützung der Zusammenlegungsforderung. Und sie sammeln in allen Städten in vielen Wohnungen fleißig ihre Stadtpläne zusammen, um die Menschen zu kriminalisieren. Daß jetzt seit Neuestem die Zusammenlegungsforderung wieder kriminalisiert wird, zeigt schon die Tragweite auf, die sie mit ihrer Kriminalisierung erreichen wollen, nämlich gegen möglichst viele Menschen vorgehen zu können und möglichst jeden Widerstand im Keim zu ersticken. Und die Gefangenen sollen möglichst weit voneinander und von der Diskussion mit Menschen draußen abgeschnitten werden.

Brief von Rolf Heißler zur Zensurverschärfung

16.4.91

gestern bekam ich deine paar zeilen vom 11.4. mit allem außer den 20 fotokarten, sinngemäß: „gewaltverherrlichende darstellungen und abbildungen. darüber hinaus wegen der menge offenkundig zur weitergabe bestimmt. der gefangene wird in seiner negativen haltung bestärkt. gefährdetes vollzugsziel. weitergabe könnte unerlaubte nachrichtenübermittlung möglich machen.“

davor bereits auch gestern: „die druckschrift ‚angehörigeninfo‘ nr. 63 vom 29.3.91 wird angehalten, weil ihr inhalt das ziel des vollzugs und die sicherheit und ordnung der anstalt erheblich gefährdet (§ 68II stvollzg). bei dem im gnn-verlag erscheinenden ‚angehörigeninfo‘ handelt es sich um eine druckschrift, die maßgeblich von den inhaftierten mitgliedern der ‚raf‘ gesteuert wird und den angehörigen dieser gefangenengruppe als sprachrohr dient. die funktion der druckschrift schlägt sich in ihrem inhalt nieder. die überprüfung einer vielzahl von einzelnummern aus dem letzten jahr hat ergeben, daß auf die leser im sinne eines aktiven ‚widerstandes‘ eingewirkt werden soll. die beiträge sind mit kampfparolen durchsetzt und haben die solidarisierung der ‚politischen gefangenen‘ zum ziel. das gilt vor allem für erklärungen von hungerstreikaktionen und prozessen gegen mitglieder bzw. unterstützer von terroristischen vereinigungen, die überdies der diffamierung der strafverfolgungs- und strafvollzugsbehörden in der bundesrepublik dienen. die genannte konspirativ/redigiert druckschrift gefährdet im hinblick auf funktion und zielsetzung sowohl das vollzugsziel als auch die sicherheit und ordnung der anstalt erheblich und ist deshalb dem gefangenen vorzuenthalten.“

heute ging es weiter mit dem abgreifen einer karte von einem zur therapie gegangenen ex-gefangenen ...: „die abbildung stellt vier polizeibeamte in beleidigender und herabwürdigender art dar.“ gegen den text hatten sie offensichtlich nichts, trotzdem bekam ich davon weder eine kopie noch wurde er mir verlesen, wie es selbst in strbg (Straubing) in solchen fällen üblich war.

die altneue linie in reaktion auf die operation des kommandos „ulrich wessel“ heißt seit letzter woche, kontakte wie infos so exzessiv wie möglich zu behindern bzw. abzuschneiden. allein in der letzten woche wurden sieben sachen angehalten, über die hälfte dessen, was in dem knappen halben jahr zuvor angehalten worden war, und dazu noch dinge, wo nur kopfschütteln bis lachen bleibt, zweimal „hanna cash“, dieses vs-linie-papier, was ich dazu schon zweimal habe, kopierte zeitungsartikel aus vermutlich bürgerlichen zeitungen, eine doku zu aktionen im moabiter knast (die ich vermutlich auch schon habe), heidi-brief aus dem clockwork usw. usw.

das 64er info ist auch noch nicht da. wegen der fotokarten — ich kenne sie nicht — kannst du ra'in beschwerde machen lassen, denn was an gudrun & andreas in einem pariser bistro, einem bild, was in jahrzehnten dutzendfach in den medien war, „gewaltverherrlichend“ sein soll oder wie es zur „unerlaubten nachrichtenübermittlung“ gebraucht werden könnte, dazu reicht meine phantasie nicht aus, was aber nichts zu bedeuten braucht.

in bruchsal haben sie sich ein starkes stück mehr erlaubt. seit jahren schreibe ich günter und früher roland, jetzt christian immer zweifach, original und durchschlag. jetzt wurde es zum ersten mal bei christian abgegriffen, weil „durchschlag, rundschreiben“. nach sinn ist nicht mehr zu fragen, er kann bei günter mitlesen, die nackte provokation.

nur die verschärfung an dem punkt wollte ich heute vermitteln, meine post blieb bislang unbehelligt, aber wenn es so weiter geht, wird es nicht mehr lange dauern, bis sie sich auch daran vergreifen.

Keine Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen!

Bericht zu Hausdurchsuchungen in Nürnberg/Fürth

Am Dienstag, 30.4.91, um 8 Uhr morgens fanden bei fünf Menschen in insgesamt sieben Wohnungen und einer Arbeitsstätte im Großraum Nürnberg/Fürth durch das bayerische LKA koordinierte und durchgeführte Durchsuchungen statt. Vorgeworfen wird ihnen nach den Beschlüssen des Ermittlungsrichters des Bayerischen OLG — Tornow — vom 18.4.91 „Werbung für eine terroristische Vereinigung (RAF)“, § 129a.

Begründet wurden die Durchsuchungen bei vieren von uns mit dem Verdacht der Verbreitung und Herstellung des Flugblatts zur Demo am 6.4.91 in Nürnberg gegen die Zwangspsychiatrisierung von Sven, bei einem zusätzlich mit einem Redebeitrag von dieser Demo — in diesem Durchsuchungsbeschluß wird explizit gesagt, daß in dem Redebeitrag mehrfach die Forderung „Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen“ gestellt worden sei.

Dem fünften Menschen wird vorgeworfen, bei der Demo am 23.2.91 — das war die letzte große Bündnisdemo gegen den Golfkrieg, kurz nach Svens Verhaftung — vor dem Nürnberger Knast in einem Redebeitrag für die Ziele und Handlungen einer terroristischen Vereinigung geworben zu haben. Es kann bei allen nur um die ZL-Forderung gehen — in dem Flugblatt zu Sven taucht sie allerdings nur am Schluß unter vielen anderen auf.

Neue Bedeutung bekommt so die Begründung einer Auflage für die Demo am 6.4. durch die Nürnberger Behörden:

„Insbesondere wegen der Forderung der Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen besteht die Gefahr, daß während der Veranstaltung am 6.4.91 terroristische Vereinigungen unterstützt oder für sie geworben wird ..“

Die Durchsuchungen selbst liefen unterschiedlich ab. Einen Menschen brachten sie, nachdem sie ihn und seine Arbeitsstätte durchsucht hatten (mit Sprengstoffhund — für Flugblätter?!), zur ED-Behandlung, was sie bei allen anderen nicht machten.

Bei einem haben sie die Durchsuchung in seiner Abwesenheit durchgeführt und vorher die Wohnungstür aufgebrochen.

Mitgenommen hat das LKA bei zwei Leuten schlichtweg gar nichts — allerdings wurden überall, wo sie Schreibmaschinen fanden, Schriftproben gemacht. In einer Wohnung, für die das LKA gegen zwei Menschen einen Hausdurchsuchungsbefehl hatte, wurden dagegen sämtliche Flugis und Materialien zu Sven mitgenommen; Farbbänder und Löschbänder; die Presseerklärung zur Festnahme in Fishguard; sämtliche Stadtpläne und Landkarten (!), die sie finden konnten (ungefähr 60 Stück); ein Transparent mit Grüßen für die Gefangenen in den westeuropäischen Knästen; ein Plakat; ZL-Aufkleber; zwei „Wie weiter“; einen der letzten Briefe an Rolf Heißler, in dem was zu Sven steht; und eine Vollmacht für das Prozeßhilfekonto in Nürnberg.

In den anderen Wohnungen wurden ebenfalls Sachen zu Sven, zwei kopierte „Spiegel“-Artikel, zwei Angehörigen-Infos (Nr. 47 und 61), handschriftliche Notizen und anderes mitgenommen.

Wir denken, daß dieses 129a-Verfahren gegen uns und die Durchsuchungen im direkten Zusammenhang mit den Verschärfungen gegen die politischen Gefangenen stehen, z.B. die Beschlagnahmung des Geldes von Brigitte Mohnhaupt für die Prozeßkosten — was heißt, daß sie keinen Einkauf, Briefmarken etc. mehr machen kann; die Beschlagnahme von über 100 Briefen von Brigittes Mutter an Brigitte wegen „illegales Infosystem“. Rolf Heißler bekommt das Angehörigen-Info nicht mehr, weil es

angeblich konspirativ hergestellt wird, etc.

Wir begreifen dieses Verfahren als direkten politischen Angriff auf die Gefangenen. Die Staatsschutzbehörden versuchen damit wiederum eine Situation wie die Jahre vor dem Hungerstreik 89 zu schaffen:

Die Zusammenlegungsforderung soll wieder grundsätzlich kriminalisiert werden. Und das richtet sich natürlich auch gegen uns und gegen alle die, die ein solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen haben, sich mit ihnen auseinandersetzen, sich zu ihren Haftbedingungen, ihrer Isolation verhalten.

Das Ziel ist die gesellschaftliche Isolierung der Gefangenen und des Kampfes um die Zusammenlegung. Der Staatsschutz will, daß wir in Zukunft jeden Satz zu revolutionären Gefangenen danach überdenken, ob das nicht gleich ein 129 a-Verfahren zur Folge haben könnte. Am liebsten hätten sie es, daß die ZL-Forderung unter dem „Ladentisch" gehandelt wird.

Warum bei uns?

In letzter Zeit hat es in Nürnberg viele Initiativen gegen die Zwangspsychiatrisierung von Sven gegeben. Wir waren in diesem Zusammenhang mehrmals vorm Nürnberger Knast und in Straubing. Die Mobilisierung hatte erreicht, daß Sven vom berüchtigten Haus III in der JVA Straubing nach Nürnberg zurückverlegt werden mußte. Und so sehen wir die 129 a-Verfahren jetzt auch als einen Angriff gegen die Mobilisierung zu Sven und die sie tragenden Menschen. Was das für Sven selber heißen mag, können wir noch nicht sagen.

Wir fordern:
— die sofortige Einstellung der 129 a-Verfahren
— Schluß mit der Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung
— Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF, Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen
— keine Zwangspsychiatrisierung von Sven.

Brief von Ute Hladki: „Es stimmt, wer nicht kämpft, stirbt auf Raten"

Parallel zur Eröffnung des 129 a-Verfahrens gegen meinen Genossen Holger startet die Bundesanwaltschaft (BAW) einen neuen Angriff, mit dem Ziel, mir den Prozeß zu machen.

Der Chefarzt der Klinik, in der ich nach meiner Verletzung acht Monate behandelt wurde, schrieb für die BAW ein Gutachten, in der er meine Verhandlungsunfähigkeit erklärte.

Ich habe mir im März 90 den zweiten Halswirbel gebrochen und bin seitdem querschnittsgelähmt.

Das eben erwähnte Gutachten wird nun von der BAW angezweifelt — Zitat Generalbundesanwalt: „. . . angesichts neuer Erkenntnisse über die Belastbarkeit der Beschuldigten Hladki halte ich das anliegende Gutachten für keine tragfähige Grundlage zur Beurteilung ihrer Verhandlungsunfähigkeit . . ."

Woher sie ihre Erkenntnisse haben, weiß ich noch nicht. Eine Rolle spielt dabei vielleicht ein Brief, den ich Holger geschrieben habe und der vom Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof beschlagnahmt wurde. Darin beschrieb ich, wie mein Alltag aussieht und was ich in der Zwischenzeit gelernt habe. Ich schrieb, was ich in der Krankengymnastik übe, wie z. B. Stehtraining, daß ich lerne, mich alleine zu drehen, von meinen Dehnübungen und alles Mögliche zur Stärkung meiner Muskulatur. Ich habe gelernt, im Scheidersitz zu hocken. Ich schrieb auch, was ich alleine machen kann — ich hab so Schaumstoffgriffe, da können Gabeln und Löffel reingeschoben werden, und damit kann ich kleingeschnittenes Brot aufspießen. Und mit einem Finger Schreibmaschine schreiben.

Ich schilderte, daß ich mich oft an Anti-Kriegs-Demos beteiligt habe, weil das eine Möglichkeit war, meinen Widerspruch zum imperialistischen Krieg auszudrücken. Und daß ich in der Prozeßgruppe Bielefeld mitarbeite.

Das bedeutet, daß sie jeden kleinen Fortschritt von mir nehmen und gegen mich drehen. Es reicht ihnen noch nicht, daß ich durch meine Verletzung einen Großteil meiner Handlungsunfähigkeit eingebüßt habe, es geht ihnen darum, jetzt meine totale Kapitulation zu erzwingen.

In der ganzen Medienhetze nach meinem Umzug hier nach Bielefeld wurde das auch deutlich. Wochenlang mußten wir kampagnenmäßig dafür kämpfen, daß ich einen Mietvertrag kriege, gegen den Willen der Sicherheitsbehörden. Kruse (Polizeipräsident aus Bielefeld): „. . . sicherlich muß eine Frau wie Frau Hladki irgendwo wohnen, aber nicht in einer Szene-WG . . ."

Das war die Sache mit dem Mietvertrag wie jetzt mit der erneuten Drohung meiner Verurteilung als RAF-Mitglied: Es ist total zugespitzt und ist im Kleinen eine richtige Machtfrage — also entweder setzen wir uns durch, die, die hier noch an ein menschenwürdiges Leben glauben, oder der menschenverachtende Apparat.

Es geht darum nicht nur um mich —
ihr Ziel ist die völlige Gleichgültigkeit und Apathie der Menschen hier gegenüber staatlichem Terror:

Das ist der Boden, den sie brauchen, für das, was sie tun und vorhaben — Aussonderung für welche wie mich oder endlos Knast für welche wie Bernd Rössner, der krank im Knast ist und nicht rauskommt nach 15 Jahren, weil er nicht abschwört.

Als nächstes geht es darum, zu verhindern, daß ich zwangsuntersucht werde von einem Arzt, den die Bundesanwaltschaft bestimmt!!! Es geht weiter um die Aufhebung der Haftbefehle gegen mich und die Einstellung der Verfahren gegen mich.
Ich rufe alle auf, die sich hier für Menschenrechte grademachen, meine Forderungen zu unterstützen.

Zum Hungerstreik in Frankreich

Erklärung des Kampfkomitees der Gefangenen aus Action Directe

Front der Kräfte des Widerstands und der Kämpfe gegen die Klassenjustiz und das Gefängnis
Jeder Kampf ist eine Lösung — jede Lösung führt zum Kampf
Einheit und Zusammenlegung durch Kampf

Wenn wir mit jedem unserer Kämpfe unsere Ziele ganz, nur zum Teil oder gar nicht erreicht haben, nimmt das nichts davon weg, daß sie sich alle in einen politischen Prozeß (eine politische Praxis und ein Projekt) einreihen. Das Wichtige ist, daß wir an dem kollektiven Kurs von Widerstand und Kampf in und gegen die vollständig von der „Staatsraison" bestimmte politische Haft festgehalten haben.

Jeder Kampf war solidarisch, unterschied sich aber von den vorangegangenen, denn jeder Kampf entsprach einem besonderen Moment des Prozesses von Widerstand, dem Festhalten am Kollektiv und dem Entwurf seiner kommunistischen Perspektiven. Dieser neue Kampf weicht in nichts von dieser Regel ab.

Mit dem Streik 87/88 hatten wir uns — als Gefangene aus der Guerilla — für einen Kampf des Bruchs gegen den allgemeinen konterrevolutionären Ausnahmezustand entschieden und so sein Wesen, seine Umsetzung und seine Ziele offen gemacht:

der Bruch in den Isolationstrakten, d. h. die Front der Vernichtung zerstören, die konterrevolutionäre Geiselpolitik angreifen, die Stille um die Folter zerschlagen;

der Bruch des Angriffs auf die sections spéciales (Sonderabteilungen), ihr Projekt, das Moment seiner Verwirklichung in den Prozessen von 88;

aber auch

den Konsens der Gefangenen mit der Normalisierung aufbrechen. Wenn die politische Haft geleugnet wird, dann bleibt jede Politik als Prozeß aus, anstatt die Kämpfe aus den unterschiedlichen Wirklichkeiten und Bedürfnissen zu dynamisieren.

So eine politische Linie ziehen, auch in der Haft.

Dieser Kampf, der die „Normalisierung" der Vernichtung

brach, war die Behauptung unserer Kollektivität und unserer Entschiedenheit, Mut zum Kämpfen zu haben, um vom Gefängnis aus unsere militante Praxis fortzusetzen und zu entwickeln:
aufbauen — was die Gesamtheit unserer Forderungen gegen die Isolation und für unsere Zusammenlegung entsprechend dem Statut für politische Gefangene ausdrückt, wie sie zugleich eine Funktion davon ist.
Das heißt Funktion, um gleichzeitig zur Politisierung der allgemeinen Haft die Frage der politischen Haft widersprüchlich, unlösbar zu machen.
Solange wir uns unverändert auf dem Terrain der politischen Haft, was auch immer es an „Neuerungen" geben mag, bestimmen — eine Position, über die man angesichts unserer permanenten Sonderhaft sowieso schwerlich hinweggehen kann —, ist die Politisierung der allgemeinen Haft sowohl notwendig als auch ein permanenter Punkt — ihre Möglichkeit.

Was unsere Beteiligung an der „Schlacht der Plattformen", die ihren Höhepunkt (mehrere tausend Streikende) im Streik vom 13. September 88 hatte, sehr konkret aufzeigte. Das war auf keinen Fall nur eine Episode, sondern sehr wohl eine von politischen Momenten geleitete Kampfgemeinschaft.
Eine Aktionsgemeinschaft, die von gemeinsam erarbeiteten Forderungen ausging und sich auf Punkte stützte, an denen die Konfrontation im Gefängnis nicht vorbei kann: Kampf gegen die Trennungen, für Solidarität in den menschlichen und lebendigen sozialen Beziehungen,
Kampf um Organisierung und gegen die Willkür.
So wollten wir auch die **Kommunikation** hinter den Mauern ausweiten, die Differenzierungen und die Ghettos in der politischen Haft und im ganzen Gefängnis zerschlagen.
Wir wollten auch, daß mit dieser Kampfgemeinschaft der Zusammenhang zwischen dem Kampf für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und den Kämpfen im Gefängnis aufgezeigt wird als permanente Infragestellung des Staates, der über die etablierte und willkürliche Macht des Justizministeriums und der Gefängnisverwaltung angreift. Ein Zusammenhang, der auf zwei unterschiedlichen Momenten basiert, die sowohl augenscheinlich widersprüchlich sind als auch notwendigerweise aufeinander einwirken. Für einen gemeinsamen Aufbau und für den Entwurf von Perspektiven politischer und sozialer Befreiung müssen sie eng verbunden werden.
Auf der anderen Seite wurde in dieser „Schlacht" das vom Staat ausgearbeitete und von Arpaillange (ehemaliger französischer Justizminister — Anm. d. Ü.) getragene Projekt der „Normalisierung" zerschlagen. Ein Projekt, das mit dem Eingeständnis, daß Isolation Folter ist, und der Pseudo-Zusammenlegung der politischen Gefangenen im „Normal"vollzug Anfang Juli 88 zum ersten Mal umgesetzt wurde. Ein Projekt, das (außer für die Korsen und tendenziell für die Basken) mit einer Beschleunigung der Vereinzelung und Differenzierung — zwischen den und innerhalb der Organisationen — der gefangenen Militanten verbunden war (wie sich das mit unserer „Rückkehr" in eine differenzierte Isolation im November 88 konkretisierte).

Im April 89 nahmen wir, als sich unsere Isolation erneut verschärfte, den ein Jahr vorher ausgesetzten Kampf wieder auf. Die Unterbrechung ging von der Einschätzung aus, daß wir nicht darauf hoffen konnten, weiter voranzukommen; und so reihte sich unser neuer Kampf in die Kontinuität des vorangegangenen Kampfes ein, sowohl durch seine Form des Bruchs als auch durch die Einheit, die er mit dem Kampf der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand zum Ausdruck bringen wollte. Damit war er wesentlicher Teil der Auseinandersetzung zwischen den revolutionären Gefangenen und den imperialistischen Staaten in Westeuropa.
Als Kontinuität des Bruchs sollte dieser Kampf, der auf der Analyse ihres Projekts beruhte und von der Einschätzung und Ausnutzung der Widersprüche zu diesem Zeitpunkt ausging (u. a. die 200-Jahr-Feiern der Revolution und Vorbereitungen für Amnestien) taktisch dazu dienen, uns wieder minimale neue Bedingungen für unseren Widerstand anzueignen, um in der kommenden Zeit ihr Projekt der „Normalisierung" zu kippen und für unsere Zusammenlegung als politische Gefangene.

Gegen ihr Projekt der „Normalisierung", das sich in den westeuropäischen Staaten im wesentlichen auf die Kriminalisierung der Gefangenen aus der Guerilla und dem Widerstand stützt. Kriminalisierung als Moment der Negation jeder revolutionären Politik und Strategie.
Ein Projekt der „Normalisierung", das je nach den Besonderheiten der Territorien, entsprechend den Phasen und Kämpfen, auf die jede Form dieses Projekts stößt, abgewandelt wird.

Jede Form der Haft ist so durch das Verhältnis von Unterwerfung und Kampf bestimmt.
Das springt bei den politischen Gefangenen um so mehr ins Auge, als sie gegen den „Rechtsstaat" und gegen sein Gewaltmonopol die Legitimität der Organisierung und des Kampfes gegen dieses System setzen, lebendiger und bewußter Prozeß gegen den Tod und die programmierte Zerstörung — der „Rechtsstaat" als Ausdruck des Rechts der Mächtigen, des Monopols auf das Recht durch und für die Multinationalen, das „internationale Recht" gegen die Völker ...
Der „Rechtsstaat", der sich im Gefängnis als Enteignung, Erniedrigung, Unterdrückung, Verletzung der Identität und der Würde, Entmündigung, Unmenschlichkeit äußert ... immer und überall Verhältnisse von Ausbeutung und Unterdrückung ...
Deswegen stellt sich unser Kampf, stellen sich alle unsere Kämpfe, ihr Prozeß unvermeidlich auf das Terrain der politischen Haft.
Die politische Haft gibt ständig Aufschluß über die Intensität und den Grad des politischen Kampfes draußen, den politischen Kampf der Klasse. Die eingesperrten Militanten sind Geiseln in der Klassenauseinandersetzung. Die politische Haft ist ihrem Wesen nach ständiger Kampf und politische Verbindung (drinnen — draußen).
Permanenter Kampf und politische Verbindung: Diese beiden Elemente sind die entscheidenden Träger jedes Aufbaus und jeder revolutionären Veränderung. Sie bestimmen alle unsere Aktivitäten als politische Gefangene, als Komitee und begründen so unsere Kollektivität.

Die Kämpfe, die Eröffnung einer neuen Phase politischer Kommunikation, sind so der erste Moment jedes möglichen und notwendigen Aufbaus von der politischen Haft aus.
Wir stellen unsere **Einheit** und unsere **Zusammenlegung** in und durch die Kämpfe her, die wir führen. Auf diesem Terrain siedeln sich die neuen Beziehungen und ihre Organisierung an — und genau damit wird dieses Terrain verändert.
Aber diese Einheit ist nicht abstrakt, sie existiert nur in ihrer Verbindung (und ihrer Interaktion) mit der wirklichen Bewegung der Kämpfe und des Widerstandes. Sie existiert nur als Teil der revolutionären Front, in die sie ihre Wirklichkeit und ihre Kontinuität einbringt. So sind unsere Zusammenlegung und unsere Zugehörigkeit zur revolutionären Front zwei dialektische und grundlegende Momente.

Dieser neue Kampf läßt sich von der Orientierung am Aufbau leiten.
Heute, in der Phase des extremen Zurückweichens und der Schwäche der revolutionären Kräfte, ihrer Bewegung, kann jeder Aufbau nur bescheiden sein. Das ist eine Gewißheit, und es wäre ganz und gar subjektivistisch und voluntaristisch, das zu leugnen. Aber genauso wahr ist, daß in einer solchen Phase des Zurückweichens jeder Aufbau wesentlich wird, um ihre Umkehrung möglich zu machen.
Viele Genossen sind völlig erschöpft in der bloßen Feststellung der Niederlagen und der Schwäche, warten auf „bessere Tage", um „ihre Aktivität zu entfalten". Sie haben vergessen, daß eines der wesentlichen revolutionären Prinzipien auch die innere Verbindung zwischen der revolutionären Subjektivität und der Objektivität der Bedingungen der Revolution ist.
Der Kampf, die Solidarität, die Unterstützung, die wieder aufgenommenen oder neu geschaffenen politischen Beziehungen,

ihre Entwicklung, die Kontakte müssen hauptsächlich für und auf diesen Aufbau hin bestimmt sein.

Aufbau für eine wirkliche, organisierte politische Praxis als permanenter Pol und Embryo direkter revolutionärer Aktion.

Das läßt sich nicht in ein oder zwei Monaten unter dem Druck der drohenden Todesgefahr machen. Die Taktik, unter solch einem Druck Politik zu entwickeln, ist teilweise gescheitert, weil die unmittelbare Agitation zum Nachteil der politischen Perspektive vorgezogen wurde.

Übrigens ist es offensichtlich, daß das teilweise Scheitern dieser Taktik an den Bedingungen liegt, in und gegen sie als konkreter Kampf intervenieren sollte — die totale Isolation als Programm wirklicher Zerstörung.

Daher auch die unmittelbare Antwort, die damals und noch immer ebenso notwendig wie nützlich ist, nicht allein gegen die laufende Vernichtung, sondern auch zur Durchsetzung und Verwirklichung des Kollektivs und der Politik gegen dieses Projekt.

Die Grenze dieser Kämpfe hat gleichzeitig ermöglicht, die Isolation punktuell zurückzudrängen — in der Dialektik der Auseinandersetzung, die das Wesen der bürgerlichen Strategie der Isolation und ihre Ziele offen machte. Denn so, wie sie aufgedeckt wurde, verlor sie an Akzeptanz.

Während der beiden vorangegangenen Streiks haben wir konkret die Erfahrung gemacht, wie und mit welchen Mitteln der Staat heute in diese Art der Auseinandersetzung — und wenn die Kraft einer wirklichen Bewegung fehlt — eingreift. Zu den unentbehrlichen Mitteln gehörten die Zwangsernährung durch Infusion und Magenschlauch, um die Folter auszudehnen, und die Benutzung der Medien, diese sklavischen Agenten der politischen Macht. Eine selbstauferlegte Kontrolle, wo Perioden absoluter Stille und Phasen, in denen alles ins Spektakuläre gedreht wurde, inszeniert wurden. Wo sie Erscheinungen darstellten und das Wesentliche wegließen. Das war der Fall mit Bruguière, der es möglich machte, daß die Debatte und die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abgelenkt wurde: der Dehnbarkeit der „demokratischen Legalität", derer sich der Staat in seinem Kampf gegen uns bediente, bis hin zu ihrer eigenen Negation.

In derselben Zeit haben wir abgeschätzt, an welchem Punkt in der staatlichen Integration der institutionalisierten Opposition, im Prozeß der Monopolisierung der Macht und in der politischen Ausgrenzung der Kämpfe, die charakteristisch für diese Phase der Krise des Systems sind, die Werkzeuge der konterrevolutionären Prävention einen Widerhall in jedem Kampf finden. Und das um so mehr, als die revolutionäre Bewegung schwach und nicht fähig war, eine konstruktive Solidarität herzustellen.

Die Zwangsernährung, die das Leben der Militanten, deren Tod kaltblütig programmiert ist, am „seidenen Faden" hält, ist im Rahmen eines Medien-black-outs — Reflex der Monopolisierung der Macht und der Ausgrenzung der Kämpfe — seitdem ein Werkzeug, das perfekt an die Strategie der Vernichtung und der Negation der revolutionären Militanten durch die westeuropäischen Staaten angepaßt ist.

Genau das praktiziert die spanische Regierung mit Eifer und Gewalt seit mehr als einem Jahr in der Dynamik ihrer Integration gegen die Militanten aus den GRAPO und der PCE(r), die für ihre Wiederzusammenlegung, das Ende der Zerstreuung und der Isolation kämpfen.

Wenn die Isolation der politischen Gefangenen in einigen Ländern auch zurückweichen mußte, so ist sie doch noch weit entfernt davon, zerschlagen zu sein. Sie hat — auch wenn sie in neuen Formen auftritt — unverändert eine Kontinuität. Eine Kontinuität, die ihrem inneren Wesen nach mit jeder Politik der Inhaftierung verbunden ist, mit dem, was sie konkret als Zerstörung von Menschlichkeit, als Atomisierung, Teilung, Unterdrückung bedeutet . . . gegen jede Solidarität.

Eine Politik, die sehr klar kundtut, was die Substanz des Regimes der bürgerlichen „Demokratie", ihres Systems der Dualität und Zweiteilung ist, das sie jedem Verhältnis, jeder Bewegung, jeder Aktion aufprägt; ein System, das die bürgerliche Ideologie der „Menschenrechte" als neuen Rahmen für den Fortbestand der vom „Rechtsstaat" und dem „internationalen Recht" verwalteten kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrükkung entwirft. Darin muß es seine Repression gegen jeden politischen und sozialen Antagonismus „legitimieren" und — innerhalb dieser neuen Grenze — muß es jeden legitimen Willen, der sich gegen seine Klassenherrschaft richtet, ersticken und so die Unterwerfung herbeiführen, die sich in der fatalistischen Akzeptanz seiner Herrschaft als „einzige wirkliche lebensfähige Form von Gesellschaft" äußert.

Für die Regierungen wird also in dieser Logik der Institutionalisierung das Klassengefängnis (ohne es beim Namen zu nennen) notwendigerweise zur Ausgrenzung jedes Individuums, jeder antagonistischen revolutionären Politik, die durch die Aktion und den politischen Aufbau die Ablehnung des kapitalistischen Prozesses, den Widerstand gegen die bürgerliche Ordnung ausdrücken.

Auch aus diesem Begriff verstehen wir diesen Kampf als Moment des Aufbaus der Widerstandskräfte hier.

Um die politische Dimension dieser Frage und die Notwendigkeit ihrer Lösung, die das Einsperren in Frage stellt für und durch die Entwicklung von befreiten Beziehungen, voranzubringen, geben wir in diesem Kampf drei Begriffe vor:

Hellsichtigkeit als Fähigkeit zur Umwälzung; Entschlossenheit zum Aufbau und dem, was dazu gehört; Kontinuität als offene Konfrontation.

Wenn also Entschlossenheit und Kontinuität die beiden Pole der Dialektik der politischen Bewegung von Zerstörung — Aufbau sind, ist die Hellsichtigkeit der Motor ihrer Einheit, ihrer durch den Kampf für das Bewußtsein, die Kritik und die aktive Solidarität gebildeten Dynamik.

Hellsichtigkeit, um die politische Debatte unter Genossen zu vertiefen und das Versacken in die Fallen des Sektierertums, die ideologische Unehrlichkeit zum Schaden begründeter Kritik zu vermeiden und sie zu einer wirklich grundlegenden Funktion des Prozesses Zerstörung — Aufbau zu entwickeln . . . Aber auch um eine Bewegungspolitik zu vermeiden, die nur Unentschiedenheit, Bewahrung des Alten ist, die überflüssigen Diskussionen, die „etablierten Positionen" und das Sich-Einrichten im Eklektizismus als Versicherung gegen alle Risiken.

Hellsichtigkeit vor allem, um den Kampf zu führen, seine politische Entwicklung zu leiten und als Aneignung des Möglichen, das durch seine Fähigkeit zum Umsturz erreicht werden kann.

Hellsichtigkeit endlich als praktische Kritik, die die Grundlage dafür ist, die Grenzen einzureißen und die Bedingungen des Sprungs für den Bruch zu schaffen.

Die Entschlossenheit, die revolutionäre Politik lebendig zu machen und die Elemente ihrer Praxis selbst auf das Terrain des Gefängnisses aufzubauen; die Bedingungen für die Entwicklung dieser Politik zur Veränderung der aktuellen Situation reif machen. Die Entschlossenheit, den besonderen Kampf gegen das Gefängnis einzureihen in den revolutionären kommunistischen Prozeß der Klassenauseinandersetzung gegen die Kontinuität des Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems und durch den damit eng verbundenen Angriff auf die staatliche Verwaltung, der auf dem Terrain der Haft allgemein auch der Angriff auf die Gefängnisverwaltung ist.

Kontinuität, d.h. eine konstante offene Konfrontation, die nicht bloß als langanhaltend begriffen wird, sondern als dynamische Bewegung, die einen Zusammenhang einbringen will, in dem sich die neuen selbstbestimmten Kämpfe, die auf die Veränderung der bestehenden Verhältnisse orientiert sind, in ihrer Verschiedenheit und Besonderheit vereinigen und zusammenkommen können. Eine ununterbrochene Bewegung von Kämpfen, in der die Debatte, die Kritik vorwärtskommen könnten, um eine aktive und verantwortliche Reflexion reifen zu lassen, die zum

Entwurf von Perspektiven und Lösungen führt.

Alle diese Notwendigkeiten fordern von uns eine neue Form des Kampfes und einen neuen politischen Aufbau.

Mit der ununterbrochenen Kette, der rote Faden, den wir knüpfen wollen, wollen wir das Feld für den Aufbau neuer objektiver und subjektiver Bedingungen öffnen. Sie sollen die Entwicklung neuer Beziehungen von Solidarität und authentischer Kollektivität möglich machen, die — weil sie die Differenzierung brechen und die Frage der politischen Haft verändern — den Kampf gegen die verschiedenen Arten politischer und sozialer Verbannung in und außerhalb vom Gefängnis aufnehmen und die Politik der Ausgrenzung, die der „Rechtsstaat" betreibt, in Frage stellen — sowohl seine Strategie der politischen Vernichtung durch das Einsperren als auch die Entwicklung seines politischen Justiz- und Polizeiapparates zur sozialen Vernichtung.

Es ist eine permanente Initiative für die Lösung jeder Art von Isolation gegen die Zweideutigkeit von Normalisierung — Isolation, für unsere Zusammenlegung, die auch danach trachtet, eine wirkliche Vereinheitlichung der Kräfte, ihres Willens, ihrer Hellsichtigkeit, ihrer Entschlossenheit . . . der Kämpfe zu schaffen, durch die gemeinsame Praxis der militanten Kraft für den Aufbau der Front der Widerstandskräfte.

Aber jenseits dieser Notwendigkeiten, die wir für unseren Kampf und für die Koordination aller Kämpfe im Gefängnis wahrnehmen, können diese drei Begriffe — Hellsichtigkeit, Entschlossenheit und Kontinuität — zu einer wahren Waffe gegen das System werden — über den Prozeß der Aneignung ihrer dynamischen Beziehungen, durch ihre Verbindung mit jedem neuen Kampf gegen die politische und soziale Ausgrenzung.

In dem Maße, wie sich die Ausgrenzung verallgemeinert, müssen alle Kämpfe immer selbstbestimmter werden und für eine permanente Konfrontation mit dem Staat — so wenig kontinuierlich sie auch wegen der Punktualität und der Aufsplitterung der Kämpfe auch sei — Verantwortung übernehmen. Ausgrenzung in die Vororte, Ausgrenzung vom Wohnungsmarkt, Ausgrenzung aus der Arbeit, der Schule . . ., Ausgrenzung von jeder Macht zu entscheiden, Ausgrenzung vom Leben, d.h. im wesentlichen politische Ausgrenzung angesichts der permanenten Demonstration des monopolistischen und autoritären Charakters der Bourgeoisie. Die augenscheinlich fehlende Kontinuität dieser Kämpfe vermittelt auch die permanente Krise des Systems, ihre Verschärfung.

Sie ist das Kennzeichen des allgemeinen Verfaulens des Imperialismus und trägt den Krieg in sich als bürgerliche Antwort auf die Schwäche des Systems, als Mittel und Alibi für die Sicherung der Klassenherrschaft. In dieser doppelten Kontinuität — der Kämpfe und des Verfaulens — steckt die Möglichkeit zur Veränderung der Kämpfe selbst in Richtung auf ihre objektive und subjektive strategische Einheit zur Neuzusammensetzung einer beharrlichen und entschiedenen revolutionären Front.

Aufgrund der verallgemeinerten Ausgrenzung wird das Zusammenwirken immer offensichtlicher: Kampf gegen die „Doppelstrafe", gegen die Ghettos, die Arbeitslosigkeit, die soziale Unsicherheit . . . für Wohnungen, für das Recht auf ein würdiges Leben, für die Macht zu entscheiden usw. Kämpfe, die jedesmal mit dem verstärkten Eingreifen des Staates zusammenstoßen, ob präventiv oder durch brutale Repression. Kämpfe, die in ihrer Solidarität und Kollektivität die einheitlichen Perspektiven ihres Willens entwerfen; also von der objektiven Situation ausgehen und die notwendige und mögliche Entwicklung in Gang setzen.

In dem Aneignungsprozeß ist auch für jeden die Frage nach seinem Tun, der Solidarität und Kollektivität als Element der Einheit aufgeworfen.

Der bewußte Prozeß für die Organisierung einer politischen Praxis der Klasse, die im Kampf gegen den Staat die Umwälzung der bürgerlichen Demokratie, ihrer Vertretungen und Wirkungen, als grundlegende Wiederaneignung direkter Demokratie wirklich stärkt — dadurch entsteht die Kontinuität des Aufbaus der Widerstandsfront der Klasse, die den Raum zur Durchsetzung der roten Macht entwirft.

Für die Klassensolidarität!
Für die Revolution!

Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe
Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean-Marc Rouillan
Februar 1991

Verurteilungen in Dänemark

Der Prozeß in Kopenhagen, der gegen sieben Dänen wegen verschiedener Geldbeschaffungsaktionen für Befreiungsbewegungen in der 3. Welt (hauptsächlich für die PFLP in Palästina) stattfand, ist zuende. Das Schöffengericht, gegen das es keine Berufungsmöglichkeit gibt, sprach am 2. Mai im eigens für diesen Prozeß nach deutschem Vorbild errichteten Hochsicherheitsbunker die Urteile (wir berichteten ausführlicher über diesen Prozeß in den Infos Nr. 24 und 58). Von den sieben wurden drei zu jeweils zehn Jahren Knast verurteilt, einer zu acht Jahren, die anderen drei bekamen „nur" ein paar Jahre Knast, was dazu führte, daß zwei von ihnen sofort freigelassen wurden, weil sie die Strafe bereits durch ihre lange Untersuchungshaft, die ihnen angerechnet wurde, abgesessen haben. Die Strafen wurden mit den Anklagen des Raubes, der Dokumentenfälschung, Waffenhehlerei, Übertretung der Waffengesetze sowie in einem Fall der Unterstützung eines ausländischen „Geheimdienstes" (gemeint ist die PFLP) mittels Anlegen einer Kartei begründet. In den Hauptanklagepunkten — nämlich der Erschießung eines Polizeibeamten während der Flucht nach einem Postraub und einer geplanten Entführung eines schwedischen Industriellensohnes — gab es Freisprüche, da den Einzelnen die Taten nicht nachgewiesen werden konnten und die dänische Rechtsprechung eine „kollektive Täterschaft", wie sie hier so oft im Gericht für Verurteilungen herangezogen wird, nicht kennt. Die fette Balkenüberschrift in der „taz" vom 2. Mai: „Freisprüche in Kopenhagen" muß schon als ziemlich zynisch angesehen werden, da angesichts der Urteile von bis zu zehn Jahren Knast diese Überschrift doch etwas deplaziert erscheint.

Türkei: Gründung des Vereins „Özgür Der" (Verein für Rechte und Freiheiten)

Folgendes Vorwort und Interview mit einer Mitbegründerin des Vereins „Özgür Der" haben wir der Zeitung „Der Kampf in der Türkei" entnommen. „Der Kampf" ist eine revolutionäre Zeitung, die über den Kampf und Widerstand der Massen und fortschrittlichen Kreise in der Türkei und in der Welt berichtet. Sie ist eine — ins Deutsche übersetzte — Zusammenfassung von Berichten und Artikeln der schon lange in der Türkei erscheinenden Zeitung „Mücadele". (Inhaltsangabe der soeben erschienen Nr. 1 und Bezugsbedingungen sind auf Seite 8 unter „Anzeigen".)

Vorwort:
Seit einiger Zeit finden in der Türkei Gründungsvorbereitungen für den Verein „Özgür Der" (Verein für Rechte und Freiheiten) statt. Der Verein wird am 6. April 1991 gegründet. Seine Gründer sind Arbeiter, Anwälte, Ärzte, Gewerkschafter, Hausfrauen, Künstler, Journalisten, TAYAD-Familien und Personen aus anderen Berufsgruppen. Der Verein bezweckt, sich für die Grundrechte und Freiheiten der Menschen einzusetzen und gegen die anti-demokratischen Gesetze und Verordnungen, gegen Unterdrückung und Folter zu kämpfen und dieses zu verändern. Die Menschenrechte und die Freiheit der Menschen werden sowohl durch Verordnungen als auch direkten Druck beschränkt. Folter und Unterdrückung und anti-demokratische Angriffe sind auf der Tagesordnung in der Türkei. Unter den Gründern des Vereins sind Menschen aus verschiedenen Berufsgruppen, die mit ihrem Engagement auf sozialer, politischer und kultureller Ebene bekannt wurden.

Der Verein „Rechte und Freiheiten" wird wichtige Aufgaben

und Funktionen wahrnehmen. Er wird unter zur Zeit sehr schwierigen Bedingungen gegründet, da die Menschenrechte und die Freiheit in der Türkei durch Verordnungen eingeschränkt sind. Die Gründungsmitglieder werden in ihren Aktivitäten weiteren Repressionen ausgesetzt, doch sie sind entschlossen, diesen Schritt zu tun.

„Özgür Der" erwartet von der fortschrittlichen deutschen Öffentlichkeit Unterstützung und Solidarität . . .

Solidaritätskomitee mit Özgür-Der

Interview mit Zerrin Sari, Anwältin und Mitbegründerin von Özgür Der — Verein für Rechte und Freiheiten.

Mücadele: Die Gründung des Vereins zur Wahrung der Grundrechte und Demokratie steht kurz bevor. Erklären Sie uns bitte das Ziel und den Zweck des Vereins?

Zerrin S.: Zum Ziel und Zweck des Vereins möchte ich folgendes sagen: „Unsere Aktivitäten werden sich innerhalb der ‚Internationalen Menschenrechtskonvention' bewegen, d.h. die Wahrung der Grundrechte, die Entwicklung eines menschenwürdigen Lebensstandards, die Bewußtseinsbildung — dieses alles wollen wir verbessern. Dabei werden die Arbeitsbereiche des Vereins sein, nach Lösungen zu suchen für bestehende Probleme wie: Rassendiskriminierung, Religionsfreiheit, Sprachfreiheit und der Geschlechtertrennung. Wir stellen Forderungen nach sozialer, juristischer, kultureller und ökonomischer Freiheit. Ebenso Forderungen nach der Verbesserung im Erziehungswesen und in Gesundheitsfragen. Wir werden auch Aktivitäten im ökologischen Bereich entwickeln. Ein anderer Schwerpunkt wird die Verbesserung der Wohnsituation und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein. Die Angriffe auf das Grundrecht und die Freiheit werden wir veröffentlichen und über die Situation der Inhaftierten und deren Familien Recherchen anstellen. Für sie wollen wir Lebensbedingungen schaffen, die menschenwürdig sind. Wir solidarisieren uns mit den psychisch Kranken und den Behinderten, mit den am Existenzminimum Lebenden, mit den Alten und Einsamen und fordern auch für sie ein menschenwürdigeres Leben. Wissenschaftliche Untersuchungen werden angestellt, die dem Ziel und Zweck des Vereins entsprechen, und dazu Pressemitteilungen herausgegeben, Symposien veranstaltet sowie Demonstrationen und Veranstaltungen organisiert, Institute gegründet und Wettbewerbe ausgeschrieben — also jede nur erdenkliche Art von Öffentlichkeit soll hergestellt werden."

Mücadele: Was machte die Gründung notwendig?

Zerrin S.: Wir stellen fest, daß in einem Land, in dem die Menschen aus den Dörfern und ganzen Landstrichen evakuiert werden, die Mulis von Gendarmen getötet, die Häuser der Slumbewohner in einer Nacht dem Erdboden gleichgemacht und die Lebenschancen von „oben" bestimmt werden, der durchschnittliche Verdienst 280000 (ca. 120 DM) beträgt und Kinder willkürlich verhaftet werden und deren Leichen den Eltern mit der Begründung ins Haus gebracht werden, sie seien an Herzversagen gestorben oder hätten Selbstmord begangen und seien aus dem Fenster gesprungen. In solch einem Land, in dem die Rechte der Arbeiter und deren Arbeitsplatzsicherung als „Luxus" gelten, wo das Leben im Krankheitsfall davon bestimmt ist, ob man Geld hat, und ebenso in der Situation, wenn ein Anwalt benötigt wird — ist unser Ziel und unsere Aufgabe, für die Grundrechte und Freiheiten zu kämpfen. Wir wollen, daß durch unsere Gründung ein neuer Wind weht, eine neue Stimme auf die Tagesordnung kommt.

Mücadele: Wieviele Personen sind Gründungsmitglieder, und was machen sie beruflich?

Zarrin S.: Siebzig Personen haben den Verein mitgegründet. Darunter befinden sich Schriftsteller, Intellektuelle, Filmschauspieler, Arbeiter, Zahnärzte und Rechtsanwälte. Einige von ihnen waren schon vorher in anderen Vereinen aktiv. Unter den Gründungsmitgliedern sind auch Familien von TAYAD.

Mücadele: Mit welchen Schwierigkeiten wurden Sie bei der Gründung konfrontiert?

Zerrin S.: Da ist zunächst die Raumfrage. Wenn bei einer Razzia in einer Nacht bei fünf Vereinen 87 Personen festgenommen werden, dürfte es schwierig sein, in solch einer Stadt einen Platz zu finden.

Laut § 657 der türkischen Verfassung dürfen Professoren und Ärzte, die im staatlichen oder städtischen Dienst stehen, nur in Vereinen aktiv sein, die der eigenen Berufsgruppe angehören. Obwohl in der Verfassung die Freiheit zur Vereinsgründung garantiert ist, klappt das in der Realität nicht. Andererseits haben wir auch ökonomische Probleme.

Mücadele: Wie war die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Gründung des Vereins?

Zerrin S.: Wegen den Repressalien auf existierende demokratische Massenorganisationen bestehen bei den Gründern und Mitgliedern Ängste. Die Mitgliedschaft in einem Verein bedeutet willkürliche Festnahmen und Durchsuchungen; dies bringt Ängste mit sich. Aber für die Gründer und Mitglieder, die schon vorher in anderen Massenorganisationen gearbeitet haben, bringen die jetzigen Aktivitäten ein neues Bewußtsein in neuen Arbeitsbereichen, und dieses ist die positive Seite. Andererseits werden wir uns als Verein stark für die Verbesserung der schlechten Haftsituation der politischen Gefangenen einsetzen, um ihre Stimme an die Tagesordnung zu bringen.

Mücadele: Welche Erwartungen habt Ihr an unsere Zeitschrift? Was wollt Ihr mitteilen?

Zerrin S.: Wir erwarten für unseren Kampf für ein menschenwürdiges und freies Leben von der demokratischen Öffentlichkeit in Europa z.B. das Beobachten der Menschenrechtsverletzungen, das Aufdecken der Todesfälle, Untersuchungen bei der Folter und Unterdrückung. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln soll der Kampf für Demokratie in der Türkei unterstützt werden.

Aktuelles international

Südafrika. Seit dem 1. Mai sind 161 politische Gefangene in einen Hungerstreik getreten, um ihre Freiheit zu erreichen, die die südafrikanische Regierung in einem Abkommen mit dem African National Congress (ANC) am 6. August versprochen hatte. Der ANC hatte als Frist für die Entlassung aller politischer Gefangenen die Zeit bis zum 30. April festgesetzt. Den Hungerstreik, an dem sich Gefangene in allen Knästen des Landes beteiligen — auf der berüchtigten Gefängnisinsel Robben Island sind es mindestens 25 —, wollen die Gefangenen „fortsetzen, bis sie sterben oder freigelassen werden", so die Organisation „Rechtsanwälte für Menschenrechte" (LHR). Es gibt nach Angaben des ANC insgesamt 4000 politische Gefangene; die Regierung spricht dagegen nur von 400, die alle schon frei wären.

Italien. In einem Berufungsprozeß in Bologna gegen elf GenossInnen aus den Roten Brigaden wegen eines Anschlages auf den christdemokratischen Senator und Berater des damaligen Ministerpräsidenten DeMita, Ruffilli, im April 1988 wurden alle — auch zwei, die im ersten Prozeß freigesprochen wurden — zu lebenslanger Haft verurteilt.

Chile. Während eines Besuches in der BRD haben medico international, die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt und das Informationsbüro Chile den chilenischen Präsidenten Aylwin aufgefordert, alle politischen Gefangenen aus der Zeit der Diktatur freizulassen und diejenigen zu rehabilitieren, deren Würde und Menschenrecht verletzt worden sind. Außerdem sollen die Verantwortlichen für Folter und Mord vor Gericht gestellt werden.

Prozeßtermine

Prozeß gegen Holger Deilke

Der § 129a-Prozeß gegen Holger Deilke vor dem Oberlandesgericht Hamburg, Sievekingsplatz, Saal 288, wird fortgesetzt am 15., 17., 22., 24.5., 9 Uhr; 4., 7., 12., 13., 19., 21., 26., 27.6., 9 Uhr; 1. und 3. Juli, 8 Uhr; 5.8., 13 Uhr.

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough
Der Prozeß gegen die beiden irischen Genossen vor dem OLG Düsseldorf in der Tannenstraße wird fortgesetzt am 10.5., 16.5., 23.5., 31.5.; 6.6., 13.6., 21.6., 22.6., 27.6.; 4.7., 5.7., 11.7., jeweils 9.15 Uhr.

Kurdenprozeß
Der Kurdenprozeß in Düsseldorf in der Tannenstraße wird fortgesetzt am 14.5., 15.5., 21.5., 22.5., 28.5., 29.5.; 4.6., 5.6., 11.6., 12.6., 18.6., 19.6., 25.6., 26.6.; 2.7., 3.7., 9.7., 10.7., 16.7., 16.7., 17.7.; 19.8., 20.8., 27.8., 28.8.; 3.9., 4.9.; 10.9., 11.9., 23.9., 24.9., jeweils um 9.15 Uhr.

Revisionsprozeß gegen Bärbel, Norbert und Thomas
Die nächsten Termine im Revisionsprozeß gegen Bärbel Perau, Nobert Hofmeier und Thomas Thoene vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf in der Tannenstraße sind am 17.5., 27.5., 7.6., 14.6., 24.6., jeweils um 9.15 Uhr.

Termine

Vom 5.-9. Juni 1991 findet in der Region Dortmund, Bochum und Essen der Evangelische Kirchentag statt. In dieser Zeit wird es mehrere Aktionen und Kundgebungen vor und an den Knästen in Bochum und Essen geben, die von Angehörigen der politischen Gefangenen, der Initiative für die politische Diskussion zusammen mit den Gefangenen (Frauen und Männer verschiedener christlicher Gruppen), Initiativgruppen für Gefangenenarbeit aus dem Ruhrgebiet, Initiativen für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und Prozeßgruppen vorbereitet werden.

Bochum ist ein berüchtigter „Selbstmord"-Knast mit wenig Umschluß und Freizeit für alle Gefangenen.

Von den politischen Gefangenen sitzen dort:
Stefan Wisniewski — 1978 verhaftet, zu lebenslänglich verurteilt. Stefan war lange in Köln-Ossendorf in Totalisolation. Er wurde wegen „Rädelsführerschaft", und weil er Besuchszusammenführung mit den vier Frauen aus der RAF beantragt hatte, nach Bochum verlegt.
Chris Kluth — 1986 verhaftet, zu zehn Jahren verurteilt — kommt aus Düsseldorf. Seit fünf Jahren in Isohaft.

Beide sitzen in der Sicherheitsabteilung und haben keinen Kontakt.

Knastdemo / Kundgebung
7.6., Bochum
17 Uhr Demo, Dr.-Ruer-Platz, 19 Uhr Kundgebung am Knast, Karl-Lange-Straße.

In *Essen* ist der Frauenknast. Dort gibt es eine strikte Trennung von Straf- und U-Haft-Gefangenen; zwar gemeinsames Arbeiten und darüber persönliche Beziehungen, aber kein gemeinsamer Hofgang / Umschluß / Aufschluß.

Von den politischen Gefangenen sitzen dort:
Luiti Hornstein — 1986 verhaftet, zu neun Jahren verurteilt — aus Düsseldorf. Nach ihrem Revisionsprozeß in Stammheim ist Luiti nach Essen verlegt worden, die ersten drei Wochen in der Sicherheitszelle ohne Fenster.
Bärbel Perau — 1986 verhaftet, zu neun Jahren verurteilt — aus Duisburg. Gegen Bärbel (und Norbert und Thomas) läuft zur Zeit der Revisionsprozeß in Düsseldorf.

Beide sitzen seit fünf Jahren in Einzelisohaft und haben keinen Kontakt zueinander.

Power an der Mauer vor dem Knast in Essen
6.-8.6. tagsüber, Infotisch, Musik, Parkplatz / Zweigertstraße.

Konzert von „Grup Yorum"
Auf ihrer BRD-Tournee wird die türkische Musikgruppe „Grup Yorum" am 19.5. auch in Hamburg auftreten. Karten für das Konzert in der kleinen Musikhalle um 17 Uhr können bei Café und Buch, Holstenstr. 186, 2000 Hamburg 50, erworben werden.

Die Kundgebung der Angehörigen in Aichach findet nicht am 11. Mai statt!!!

Anzeigen

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Achim Falk. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.